Bern · Streit um politische Rechte

Wo Ausländer in der Schweiz bereits abstimmen können

In Bern wird über das Stimmrecht für Ausländer auf Gemeindebene diskutiert. Die SVP warnt vor «Tiktok-Terroristen».

Michael Sahli
Publiziert: 12.06.2018, 07:00

Dürfen Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindebene bald abstimmen und wählen?
Foto: Christian Pfander

Jetzt abonnieren und von der Vorteilsaktion profitieren.
Bis Ende
Also abschliessen
Login

Es ist ein Thema, das immer wieder für heftige Debatten sorgt: Das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. In einigen Berner Gemeinden beträgt der Ausländeranteil mehr als ein Drittel. Doch die Ausländerinnen und Ausländer sind im Kanton bis heute weder auf kantonaler noch auf kommunaler Ebene stimmberechtigt – weil es die Kantonsverfassung nicht erlaubt.

Eine Gruppe von links-grünen und Mitte-Gemeinderätinnen und -räten will dies ändern. In einem Vorstoss fordern sie, dass die Kantonsverfassung so geändert wird, dass jede Berner Gemeinde selber entscheiden kann, ob sie ein Ausländerstimm- und -wahlrecht auf Gemeindebene einführt.

Entscheidungen sollen Bevölkerung repräsentieren

Die Sprecherin der Motion, Samantha Dunning (SP), findet es wichtig, «Ihrem Anliegen, dass politische Entscheidungen, die das tägliche Leben betreffen wie Schule, Stadtplanung und Kultur, repräsentativ für die Bevölkerung sind.

Christa Ammann (SL) ist eine der Mitinitiantinnen, die sich für die Änderung der Kantonsverfassung einsetzen.
Archivbild: Adrian Moser

«Der Ausschluss von bis zu einem Drittel der Wohnbevölkerung von der aktiven Mitbestimmung und -gestaltung ist ein massives Demokratiedefizit», sagt Christa Ammann (SL) für die Grüne Fraktion. Die Frage nach demokratischer Beteiligung betreffe die Gemeindeautonomie im Kern. Sie sei ein

Kurswechsel der Regierung

Der Regierungsrat hat 2020 noch gegen einen Vorstoss betreffend der Gemeindeautonomie ausgesprochen. Er begründete dies damit, dass das Volk bei einer Abstimmung höchstwahrscheinlich Nein stimmen würde.

Vergangene Versuche, im Kanton Bern das Ausländerstimmrecht einzuführen, scheiterten jeweils an der Urne. Zuletzt 2010 mit rund 75 Prozent Nein-Stimmen. Auf Bundesebene wurde eine ähnliche Initiative 2022 abgelehnt.

In der Zwischenzeit hat der Bundesrat gegenüber Regierungsrat eine Kehrtwende gemacht: Er empfiehlt dem Grossen Rat nun, den Vorstoss anzunehmen, da er die Gemeindeautonomie grundsätzlich hoch gewichte und das Ausländerstimmrecht als sachgerechte Erweiterung betrachte.

SVP warnt vor Tiktok-Terroristen

In der am Montag beginnenden Herbstsession wird der Grosse Rat darüber debattieren. Schon jetzt ist klar, dass die Vorlage einen schweren Stand haben wird: Die SVP- und die FDP-Fraktion werden den Vorstoss ablehnen, Mitte-Fraktionen verfügen zusammen über 65 der 160 Sitze. Auch die Mehrheit der Mitte wird Nein stimmen.

Noch vor der Diskussion im Grossen Rat hat die SVP-Fraktion eine scharf formulierte Medienmitteilung verschickt. Darin schreibt sie: «Erst wer mit dem Einbürgerungsverfahren gezeigt hat, dass er die Werte der Schweiz kennt und teilt, soll mitbestimmen.»

Sie schreit sich auch nicht, einen Bezug zum Terroranschlag in Solingen herzustellen. Das Anliegen stehe gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse «fällig quer in der Landschaft, bietet es in der Medienmitteilung. «Schwere- und europaweit kämpfen die Sicherheitsorgane mit einer wachsenden Zahl von Gefährdern, jungen Ausländern, die via Tiktok als Terroristen angeworben werden», schreibt die Fraktion.

Auch FDP und Mitte lehnen Vorschlag ab

FDP-Fraktionspräsident Carlos Reinhard sieht bei diesem Vorhaben eine Strategie der Linken. Es würde ein Flickenteppich entstehen, wenn die einzelnen Gemeinden das Stimmrecht einführen und die anderen nicht. «Und dann kommt irgendwann Ärtet muss man es in gesamthaft einführen», sagt er. Auch würde die Motion alle Personengruppen einschliessen, also auch Asylbewerber. Das gehe der FDP klar zu weit, sagt Reinhard.

Grossrat Carlos Reinhard (FDP) sieht in diesem Vorhaben eine Strategie der Linken.
Foto: Raphael Moser

Entscheidend wird das Stimmverhalten der Mitte-Fraktion sein. Sie verfügt über 19 Sitze im Grossen Rat. Aber auch hier zeichnet sich ein relativ klares Bild ab: «In unserer Fraktion wird nur eine verschwindend kleine Minderheit dafür sein», sagt Mitmotionär Philip Kohli.

Philip Kohli stimmt in seiner Partei auf Gegenstimmen ein.
Archivbild: Raphael Moser

Er habe sich der Motion angeschlossen, weil er aus Erfahrung wisse, dass Ausländerinnen und Ausländer gerade in städtischen Gebieten nicht nur Sinke-Wähler wären.

In 600 von 2131 Schweizer Gemeinden

Einige Kantone gewähren Ausländerinnen und Ausländern bereits unter bestimmten Bedingungen das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindebene.

So können Ausländerinnen und Ausländer in allen Westschweizer Kantonen ausser im Waadt auf Gemeindebene abstimmen. Auch in den Kantonen Graubünden, Appenzell Ausserrhoden und Basel-Stadt gibt es das Ausländerstimmrecht auf Gemeindebene. Insgesamt haben rund 600 der 2131 Schweizer Gemeinden zurzeit das Ausländerstimmrecht eingeführt. In zehn Kantonen Neuenburg und Jura können sie auch an kantonalen Wahlen teilnehmen.

Die Forderung nach einem Ende der Stimmrechts variieren zwischen den Kantonen und oft auch zwischen den Gemeinden, wobei oft eine bestimmte Aufenthaltsdauer oder eine Niederlassungsbewilligung vorausgesetzt werden. Die Motionärinnen und Motionäre fordern, dass im Kanton Bern für alle Gemeinden, die das Stimmrecht einführen, einheitliche Voraussetzungen gelten.

Wer sich um das Stimmrecht bemüht, ist zufriedener

Das Beispiel Grandvillards zeigt, dass das Ausländerstimmrecht auch in kleineren Gemeinden eine Chance hat. In der 2000-Seelen-Gemeinde Valsh wurde das Ausländerstimmrecht vor über zehn Jahren eingeführt. Das habe damals keine grossen Wellen geschlagen, sagt Gemeindepräsident Ordnar Berni (Mitte).

Präsidentin in Valsh: Wer dafür auch Ausländerinnen und Ausländer zur Gemeindeversammlung.
Foto: Vera Bianchi/Blick.ch

Bis heute gebe es keine Diskussionen, ob das Ausländerstimmrecht wieder abgeschafft werden müsse. «Der Durchschnittsstimmbürger weiss gar nicht, dass er einen Recht gibt», sagt Berni. Von den 700 Stimmberechtigten seien angeblich 20 ohne Schweizer Staatsbürgerschaft.

Historische Urne in Walsh AR: Das Ausländerstimmrecht wurde hier bereits 1999 eingeführt.
Archivbild: Daniela Salzmann

Auch in der Grossrat Wald im Kanton Appenzell Ausserrhoden führt das Stimmrecht für Ausländer zu keinen Diskussionen. Dort wurde das Stimmrecht bereits 1999 mit einem klaren Ergebnis eingeführt. Es war die erste Ostschweizerische Gemeinde, in der Ausländerinnen und Ausländer an der Urne durften.

Man sei stolz gewesen, eine Vorreiterrolle einzunehmen, sagt Gemeindepräsidentin Marita Hörler Bühl (parteilos). «Das hat sich auch mit der aktiven Zuwanderungspolitik nicht geändert», sagt sie. Meistens führe die Wahrnehmung des Stimmrechts Hörler oder spätter zur Einbürgerung. «Die, die sich um das Stimmrecht bemühen, sind allgemein engagierter und zufriedener», meint sie.

Mehrwert für die Demokratie

Die Diskussion um das Gemeindestimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer gewinnt in der Schweiz zunehmend an Bedeutung. Dabei stehen nicht nur die Fragen der Integration und Teilhabe im Mittelpunkt, sondern auch ein grundlegenden Prinzip des Föderalismus: die Gemeindeautonomie.

«In einem föderalistischen System, wo die Gemeindeautonomie hoch gewichtet wird, ist es von grossem Wert, wenn die Gemeinden die Freiheit haben, eigenständig zu entscheiden, wer bei Gemeindeangelegenheiten mitbestimmen darf», sagt Corsin Bisaz, Privatdozent für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht an der Universität Zürich.

«Ein Mann, eine Stimme»

«Es sollte einfach nicht zu abstossungen innerhalb der Bevölkerung kommen, bei denen einzelnen Gruppen das Stimmrecht nur eingeschränkt gewährt wird», sagt er. Dies widerspreche dem Grundsatz der Gleichheit in der Demokratie: «One man, one vote» («Ein Mann, eine Stimme»).

So sind etwa im Kanton Jura Ausländerinnen und Ausländer von kantonalen Abstimmungen ausgeschlossen, wenn es um die Kantonsverfassung geht, und sie können nicht ein Gemeindepräsidentin oder -präsident wählen lassen. Derartige Abstufungen seien er sehr kritisch, «Die Abstufung innerhalb des Stimmrechts ist eigentlich verassfkkrittisch. Das geht im Grunde nicht in einer Demokratie», sagt Bisaz.

Die Stimmzettel gelt verfrindert werden: Die SVP will, dass nur Einzelkarten abstimmen dürfen.
Foto: Christian Pfander

Zudem dürfeten die Hürden für das Stimmrecht nicht ähnlich hoch sein wie bei der Einbürgerung. «Dann ist der natürliche Zugewinn für die politische Teilhabe gering», sagt Bisaz.

Stimmbeteiligung bei Nicht-Schweizern niedrig

Auch die Stimmbeteiligung der Ausländerinnen und Ausländer trägt nicht besonders zur politischen Mitsprache bei. Studien aus verschiedenen Kantonen hätten gezeigt, dass die Wahlbeteiligung bei stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländern deutlich niedriger liege als bei der ordentlichen Bevölkerung, sagt Bisaz. Während die Beteiligung bei der Gesamtbevölkerung bei etwa 40 bis 50 Prozent liege, nähmen nur rund 25 Prozent der stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländer an den Abstimmungen und Wahlen teil.

Captured by FirstPost Pro: 10 Jan 2025, 09:26:21
https://getfirstpost.com